



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Hausmitteilung

Universität Paderborn

Paderborn, 1.1984 - 3.1986 = Nr. 1-20

Kooperationsvertrag mit Nixdorf Computer AG

urn:nbn:de:hbz:466:1-8630

„Arbeitsplätze brauchen auch wissenschaftliche Begleitung“

Paderborn (ghp). Ihre Zusammenarbeit in der Informatik, der Elektrotechnik und der Sportwissenschaft dokumentierten am 31. Mai die Universität-Gesamthochschule Paderborn bzw. das Land Nordrhein-Westfalen und die Nixdorf Computer AG mit der Unterzeichnung zweier Verträge im Großen Sitzungssaal der Paderborner Hochschule.

In Anwesenheit des noch amtierenden Wissenschaftsministers und jetzigen Justizministers des Landes, Dr. Rolf Krumsiek, unterzeichneten Heinz Nixdorf, Vorstandsvorsitzender der Nixdorf Computer AG, und Prof. Dr. Friedrich Buttler, Rektor der Uni-GH Paderborn, einen Kooperationsvertrag, der die Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung auf den Gebieten der Informatik und der Elektrotechnik begründen und auf eine dauerhafte Basis stellen soll. Insbesondere werden, so der Vertragstext, "rechnergestützte Entwurfsmittel für den System- und Schaltkreisentwurf erarbeitet". Mit der Kooperation sollen das wissenschaftliche Potential des an der Hochschule bestehenden Schwerpunktes auf diesem Arbeitsgebiet und die Erfahrungen der Firma Nixdorf in der Entwicklung hochintelligenter Schaltungen zusammengeführt werden. Ziel: neue Forschungs- und Entwicklungsergebnisse schneller in die industrielle Anwendung umzusetzen und

gleichsam Impulse für weiterführende wissenschaftliche Arbeiten zu geben.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit

Der gegenseitige Wille zur vertrauensvollen Zusammenarbeit sei gegeben, hob Buttler hervor, und nur auf dieser Grundlage könnten die zu lösenden Probleme angegangen werden. Nixdorf, der auch im Kuratorium der Universität-Gesamthochschule sitzt und sich in dieser Eigenschaft "vorbildlich für die Belange der Hochschule in der Region und die Qualität der Forschung einsetze" (Buttler), erklärte bei der Unterzeichnung, daß "nicht die Interessen des Kapitalisten Nixdorf" im Vordergrund stünden, sondern daß "im Interesse des Arbeitsmarktes" Hochschule und Industrie zusammengehen müßten. Nixdorf: "Die Arbeitsplätze in Paderborn brauchen auch wissenschaftliche Begleitung". Eine anwendungsbezogene Wissenschaft und Forschung soll, so Nixdorf, kritisch prüfen, was für die Zukunft zu tun sei.

Internationaler Wettbewerb

Krumsiek, der sich als

Wissenschaftsminister nachdrücklich für das Zustandekommen der Kooperation eingesetzt hatte, unterstrich die Notwendigkeit einer engen Verzahnung zwischen anwendungsbezogener Forschung und innovationsbereiter Industrie, auch aus arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten. Beispielsweise könne die Mikroelektronik im internationalen Wettbewerb nur dann bestehen, wenn sie in der Lage sei, neue wissenschaftliche Erkenntnisse schnell in marktfähige Produkte und Fertigungstechniken umzusetzen. Deshalb habe, so Krumsiek, die Landesregierung zur Forcierung des wissenschaftlichen Transfers ihr integriertes Forschungs- und Technologieprogramm beschlossen, aus dem auch die "heute beschlossene Kooperation finanziell gefördert werden wird".

Der Vertrag hält ausdrücklich fest, daß die Partner das Recht haben, ihre Forschungsergebnisse zu veröffentlichen. Die Vertraulichkeit der durch die Zusammenarbeit bekanntgewordenen Tatsachen bleibt davon unberührt. Der Mitarbeiter weiterer Partner am Projekt steht nach dem Willen der Unterzeichner nichts im Wege.

Krumsiek unterzeichnete im Einvernehmen mit der Uni-GH Paderborn einen weiteren Vertrag mit der Firma Nixdorf. Fünf Jahre lang wird das Unternehmen eine C 4-Stiftungs-Professur für das Fach Sportmedizin finanzieren. Aus dem Etat werden auch die Mitarbeiter und die Sachmittel bezahlt. Nixdorf zu seinem Engagement: "Sport ist für mich eine der schönsten Sachen auf der Welt." Dem Arbeitsmarkt für qualifizierte Sportlehrer bewertete er skeptisch. Es stimme ihn nachdenklich, wenn sich Akademiker als Taxichaffeurs

verdingen müßten. Politiker und Bildungsexperten seien

hier aufgerufen, so Nixdorf, Abhilfe zu schaffen.



Bei der Vertragsunterzeichnung im Großen Sitzungssaal (von links nach rechts): Uni-Rektor Prof. Dr. Friedrich Buttler, Heinz Nixdorf, Dr. Rolf Krumsiek, Uni-Kanzler Ulrich Hintze.

WRK-Plädoyer für die Geisteswissenschaften

Computer allein reichen nicht aus

Bamberg (dpa). Je moderner die moderne Welt wird, desto unvermeidlicher werden die Geisteswissenschaften. Diese vom Gießener Philosophiewissenschaftler Prof. Odo Marquard auf der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) in Bamberg vertretene These wurde zum Leitgedanken der Beratungen der Spitzen der 174 WRK-Mitgliedshochschulen vom 5. bis 7. Mai. Vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatte, die der modernen Technologie und den Naturwissenschaften weitgehend Vorrang einräumt, hatte

die WRK das Thema "Anspruch und Herausforderung der Geisteswissenschaften" in den Mittelpunkt der Jahresversammlung gestellt. Das Ergebnis faßte WRK-Präsident Prof. Theodor Berchem (Würzburg) in dem Satz zusammen: "Wir brauchen die Geisteswissenschaften - und zwar unabhängig vom schwankenden Bedarf an Lehrerbildung". Die Hochschulrektoren und -präsidenten machten damit deutlich, daß eine breite Pflege aller Wissenschaften auch für die Zukunft gesichert werden muß.

Gegenseitige Abhängigkeit

Zum Auftakt der Tagung hatte Berchem die Sorge geäußert, daß die öffentliche Wissenschaftsdebatte "ganz und gar in den Sog einer einseitigen Technologieorientierung" gerät und die Geisteswissenschaften benachteiligt werden. Dabei gehe es nicht vorrangig um die Frage der richtigen Verteilung öffentlicher Mittel, sondern um die Entwicklung des öffentlichen Bewußtseins von der gegenseitigen Abhängigkeit und der dringend notwendigen Zusammenarbeit von Geistes- und Naturwissenschaften. Als Beispiel nannte er die Untersuchung der Auswirkungen moderner Technik auf die Menschen, die Prüfung der Grenzen von Tierversuchen und der Gefahren der Gen-Forschung bis hin zum beängstigenden, aber offenbar unaufhaltsam wachsenden Engagement der Wissenschaft beim Entwickeln immer neuer Vernichtungswaffen.

"Geisteswissenschaften brauchen liberalen Staat"

Die in Bamberg versammelten Wissenschaftler zeigten sich einig darin, daß die Geisteswissenschaften in der modernen Welt von heute für die Erhaltung eigenständiger Kulturen unentbehrlich sind, wie es der Tübinger Soziologe Prof. Friedrich H. Tenbruck formulierte. Die Geisteswissenschaften brauchten einen liberalen Staat, der sie nicht nur fördere, sondern sie auch auf die Klärung jener geistigen Fragen hindränge, die in der Politik steckten, ohne jedoch "geistig zu